

# Flexibilität statt Kapazität

Interview mit Norbert Allnoch

EUROSOLAR



**Zur Bundestagswahl 2013 wurde von vielen Seiten starke Kritik an den Erneuerbaren Energien und dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz geübt. Es wurde laut eine Reform des EEG gefordert, um dem Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland endlich eine Struktur zu geben. Ohne Struktur und Planung würde die Energiewende in einem Chaos enden in dem der kleine Stromkunde unter den Kosten erdrückt werden würde.**

So hieß es, dass die Erneuerbaren Energien sich nicht genug in den Markt integrieren und die Kosten in die Höhe treiben würden. In den öffentlichen Debatten wurde die Frage vermieden, wie die Endverbraucher in diesem Markt von den nachgewiesenen preissenkenden Effekten der Erneuerbaren profitieren können.

SOLARZEITALTER sprach mit Dr. Norbert Allnoch, Direktor des Internationalen Wirtschaftsforums Regenerative Energien (IWR) in Münster, über die Herausforderungen der Energiewende und

den Mechanismus der EEG-Umlage sowie welche Rolle Kapazitätsreserven und der Netzausbau in der Energiewende spielen werden.

**SOLARZEITALTER:** Herr Dr. Allnoch, die Energiewende ist in der Kritik, die EE-Umlage steigt und alle Parteien haben sich vor der Bundestagswahl für eine Reform ausgesprochen: Was erwarten Sie von der neuen Bundesregierung?

**Allnoch:** Von einer neuen Bundesregierung erwarte ich, dass die Energiewende substanziell vorankommt und dass das Thema nicht allein auf dem Rücken und zu Lasten der erneuerbaren Energien diskutiert und ausgetragen wird. Eine Reform des EEG sollte zeitnah auf die politische Tagesordnung rücken. Mitte Oktober wird die EEG-Umlage für 2014 bekanntgegeben, spätestens dann werden die Parteien an ihre Aussagen aus dem Wahlkampf erinnert. Entscheidend wird sein, ob bei den komplexen Zusammenhängen und den verschachtelten Wechselwirkungen tatsächlich an den richtigen Stellschrauben justiert wird. Auf jeden Fall muss der Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien bleiben. Das ist existenziell, sonst landet die Energiewende direkt in der Sackgasse. Innerhalb der Branche und der Politik stört mich die einseitige Debatte der Energiewende aus dem Blickwinkel der Energie- und Umweltpolitik bzw. der regionalen Nutzungswertschöpfung.

Wir brauchen auch eine breite und intensive Debatte darüber, wie die Rahmenbedingungen für die regenerative Wirtschaft mit ihrer industriellen Wertschöpfung sowie die Forschung und Bildung

gestaltet werden müssen, damit sich die Wettbewerbsfähigkeit der produzierenden Unternehmen auf dem Weltmarkt verbessert.

**SOLARZEITALTER:** An welchen Stellschrauben muss denn nachjustiert werden und wo ist die größte Baustelle?

**Allnoch:** Dreh- und Angelpunkt zahlreicher Probleme wie die der hohen EEG-Umlage, die durchlaufenden Kohlekraftwerke oder die hohen Stromexporte ist der EEG-Wälzungsmechanismus in Verbindung mit den zunehmenden Ausnahmeregelungen. Die Abkehr von der physischen Wälzung hin zur Vermarktung des EEG-Stroms über die Börse wurde von der Bundesregierung im Jahr 2010 auf ausdrücklichen Wunsch und Initiative der Energiewirtschaft eingeführt. Diese hatte aber die damit verbundenen Wirkungen bezüglich steigen der EEG-Umlage entweder genauso geplant oder die Marktreaktionen völlig falsch eingeschätzt. Die Folge des Wälzungsmechanismus ist eine Negativspirale, die bis heute in zwei Hauptrichtungen anhält: Die Strompreise sinken wegen der erneuerbaren Energien zunächst am Spotmarkt. Was möglicherweise nicht bedacht wurde, ist die Strahlwirkung vom Spotmarkt auf den für die Stromwirtschaft wichtigen Terminmarkt. Zwar wird nur ein Bruchteil der Stromlieferungen über Kontrakte an der Strombörse gehandelt, aber da die Großabnehmer und die Industrie die niedrigen Börsenpreise sichtbar wahrnehmen, ist die Verhandlungsposition im Falle eines bilateralen Abschlusses auf der Käuferseite außerordentlich gut. Die niedrigen Börsenstrompreise machen den Kraftwerken zu schaffen, die ihrerseits versuchen, die niedrigere Gewinnmarge durch eine deutlich höhere Stromproduktion mit margenträchtigeren Kraftwerken wie Kohle- oder Braunkohle auszugleichen.

Die zweite Wirkungslinie entfaltet sich in Richtung Verbraucher. Weil die niedrigen Strompreise an der Börse die Differenzkosten erhöhen und damit die EEG-Umlage schneller als notwendig steigen lässt, wollen immer mehr Firmen von der Umlage befreit werden. Das treibt wieder die Umlage und führt

letztendlich zu einer Entkopplung von EEG-Umlage und Ausbau der erneuerbaren Energien mit der Folge, dass die Umlage selbst dann weiter steigt, wenn es zu einem EE-Ausbaustopp oder zu einer geringeren EEG-Stromproduktion im Vergleich zum Vorjahr kommt. Die beiden Effekte aus niedrigen Börsenstrompreisen und immer mehr Ausnahmeregelungen führen im Ergebnis dazu, dass sich die finanzielle Unterstützung bzw. Subventionierung der Großkunden durch die übrigen Stromverbraucher im Jahr 2013 voraussichtlich erstmals auf über 7 Milliarden Euro beläuft. Tendenz für 2014: steigend. Ein weiterer Konstruktionsfehler im Wälzungsmechanismus ist die Aufspaltung des EEG-Stroms an der Börse in physischen konventionellen Graustrom und den EEG-Ökonutzen. Letzterer kommt dann über die Stadtwerke an den eigentlichen Endkunden, der die EEG-Umlage ja bezahlt. Hier sind zwei zentrale Fehlstellungen im System erkennbar: Weil jeder Endkunde die EEG-Umlage in gleicher Höhe zahlt, müsste jeder EEG-Kunde eigentlich den gleichen Ökostromnutzen bzw. -anteil auf seiner Rechnung haben. Das ist aber nicht so. Die Verteilung des EEG-Ökonutzens endet auf der Ebene der Stromversorger. Wenn in einem Versorgungsgebiet viele Firmen von der EEG-Umlage befreit sind, ist die Zahl der EEG-Kunden niedrig und damit auch der EEG-Ökostromanteil. Wenig Industrie mit wenigen EEG-Ausnahmen bedeutet dagegen einen hohen EEG-Ökostromnutzen. Die Aushebelung der Marktmechanismen an dieser Stelle hat aber noch fatalere Folgen, denn viele Stadtwerke haben eine ganzjährige Rundumversorgungsvereinbarung mit ihren großen Erzeuger-Vorlieferanten abgeschlossen. Der EEG-Ökostromnutzen, nicht der Strom selbst, kommt quasi einfach obendrauf, ohne dass die Stadtwerke wegen der Strom-Vollversorgung durch den Vorlieferanten Einfluss nehmen können. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die EEG-Umlage einfach komplett durchzureichen oder auf eigene Margen zu verzichten.

**SOLARZEITALTER:** Die Forderung, Erneuerbare Energien müssen sich in den Markt integrieren, ist mit der Frage nach einem neuen Marktmodell ver-

bunden. Wie können die Verbraucher in diesem Markt von den preissenkenden Effekten der Erneuerbaren profitieren?

**Allnoch:** Dazu müssen wir den Wälzungsmechanismus verändern. Die Politik sollte das Spielfeld und die Spielregeln steuern und nicht versuchen, das Spiel selber zu machen. Der jetzige Wälzungsmechanismus ist planwirtschaftlich ausgerichtet. Ein Marktsystem besteht aus den drei wesentlichen Bausteinen Angebot, Marktplatz und Nachfrage. Derzeit wird nur über die Angebotsseite diskutiert, d.h. über die Vergütungssätze, das Ausbauvolumen und die Anlagenbetreiber. Das reicht nicht, zumal wenn das Anreizsystem auf der Nachfrageseite von staatlicher Seite völlig abgeschnitten wird. Wir schlagen schon länger ein Marktpreismodell vor, dass die Nachfrageseite nach physischem EEG-Strom mit einbezieht und damit die Vermarktungserlöse für den EEG-Strom erhöht.

Zunächst einmal ist aus formal-juristischen Gründen wichtig, dass auf der Kundenebene der EEG-Kunde für seinen Umlagebeitrag überall den gleichen EEG-Stromanteil erhält. Das bedeutet, dass der EEG-Kunde auf seiner Stromrechnung für seinen individuellen Umlagebeitrag seinen persönlichen EEG-Anteil ausgewiesen bekommen sollte. Das ist bisher nicht der Fall, technisch aber leicht umsetzbar. Für 2012 lag der von den Netzbetreibern veröffentlichte Umrechnungsschlüssel bei 8,177 kWh EEG-Ökostromnutzen pro gezahlten EEG-Euro des umlagepflichtigen Endkunden. Der zweite Schritt setzt auf der Versorgungsebene an. Den Stadtwerken sollte die Möglichkeit gegeben werden, den physischen EEG-Stromanteil in ihrem städtischen Strommix einzubinden, entweder durch eigenen EEG-Stromkauf an der Börse oder durch Vertrag mit dem Vorlieferanten. Dadurch entfalten sich die Nachfragekräfte nach EEG-Ökostrom, die jetzt gänzlich brach liegen. Mit dem Anreizsystem auf der Nachfrageseite werden die Spotmarktpreise steigen und dies führt zu einer sinkenden EEG-Umlage. Wichtig bleibt festzuhalten, dass der EEG-Strom nicht als separates Ökostrom-Produkt verkauft werden darf.

**SOLARZEITALTER:** Für den Ausgleich der fluktuierenden Erneuerbaren Energien wird die Forderung nach einer Kapazitätsreserve oder Kapazitätsmarkt gestellt. Wie schätzen Sie diese Forderungen auch im Hinblick auf die Einführung von Energiespeichern ein, wenn man bedenkt, dass ein Austritt aus der Kohlekraft auch angestrebt werden soll?

**Allnoch:** Es geht nicht nur um die fluktuierenden Erneuerbaren Energien auf der Angebotsseite. Kaum berücksichtigt wird in dieser einseitigen Debatte, dass auch die Nachfrage nach Strom größeren Schwankungen unterliegt und nicht immer vorhersehbar ist. Deshalb brauchen wir in Zukunft vor allem mehr flexible Kraftwerke. Die Forderung nach einem Kapazitätsmarkt ist insofern irreführend. Stromerzeugungskapazitäten haben wir in Deutschland genug. Die entscheidende Frage ist doch, inwieweit diese Kapazitäten in der Lage sind, schnell und flexibel auf die sich ändernden Angebots- und Nachfragesituationen zu reagieren. Wir brauchen ein Anreizsystem für flexible Kraftwerke, also einen Flexibilitätsmarkt und keinen Kapazitätsmarkt. Die Frage nach den Energiespeichern sehe ich etwas gelassener. Die Bioenergie ist regelbar. Die PV liefert dem Tagesgang der Stromnachfrage entsprechend zuverlässig dann Strom, wenn er gebraucht wird, im Sommer mehr als im Winter. Die Offshore-Windenergie liefert mit rechnerisch 4.500 Volllastbenutzungsstunden im Jahr grundlastfähigen Strom, hauptsächlich im verbrauchsstarken Winter.

Den großen Wurf sehe ich bei den Speichertechniken derzeit noch nicht, abgesehen von der Nutzung der norwegischen Speicherseen. Bis 2018 soll ja die 600 km lange Trasse Nord.Link in Betrieb gehen. Der Bedarf an Speichern könnte sich noch einmal reduzieren, wenn der EU-Binnenmarkt vorankommt und ein leistungsstärkerer Stromaustausch mit den Nachbarländern möglich wird. Zur Kohleverstromung: So schnell wie der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen wurde, so schnell kommt der Ausstieg aus der Kohle nicht. Machen wir uns nichts vor: Ohne das schreckliche Fukushima-Unglück hätten wir heute noch alle Atomkraftwerke in Betrieb.

**SOLARZEITALTER:** Die EU-Kommission plant laut FAZ die Bündelung der regionalen Strombörsen zu Gunsten einer Börse, weil das billiger sein soll. Was halten Sie von der Idee?

**Allnoch:** Nach Angaben einer Sprecherin der EU-Kommission ist die Aussage in dem FAZ-Beitrag, wonach es eine zentrale europäische Strombörse geben soll, falsch. Allerdings plant die EU schon, dass die Strombörsen stärker kooperieren und sich einem neuen gemeinsamen Regelwerk unterordnen sollen. Damit verlieren sie auch einen Teil ihrer Unabhängigkeit. Den Vorschlag der EU-Kommission, der im Rahmen einer ELECTRICITY CROSS-BORDER COMMITTEE-Sitzung auf der Tagesordnung stand, will das BMWi prüfen. Die genauen Konsequenzen dieses Vorschlags sind noch nicht absehbar. Allerdings ist für mich eine verstärkte Kooperation der regionalen Börsen der zweite vor dem ersten Schritt. Eine Börse ist ja nur ein Handelsmarktplatz, auf dem Stromkontrakte in verschiedenen Marktsegmenten gehandelt werden. Wenn grenzüberschreitend gehandelt werden soll, ist das keine Frage des Marktplatz-Ortes, sondern dafür müssen zunächst die Stromnetze und leistungsstarke Kupplungsstellen vorhanden sein, damit der Strom auch zwischen den Ländern fließen kann. Zunächst sollte die EU-Kommission also dafür sorgen, dass die Kupplungsstellen auch tatsächlich kräftig ausgebaut werden. Hier hakt es aber schon seit Jahren, auch weil der grenzüberschreitende Handel mit den limitierenden Kupplungsstellen ein sehr einträgliches Geschäft ist. Keine oder leistungsschwache Kupplungsstellen bedeuten kein oder wenig Handelsvolumen. Die Reihenfolge in dem EU-Vorschlag erschließt sich mir nicht. Die Zukunft liegt im Stromhandel, keine Frage. Dafür sind Handelsplätze bzw. Börsen wichtig. Ich denke, dass hier noch ein sehr großes Potenzial an Möglichkeiten schlummert, die Vorteile der erneuerbaren Energien ins rechte Licht zu setzen. Warum sollte man eines Tages nicht Stromkontingente von regionalen Anbietern bzw. technisch spezifischen Strom wie Wind- oder Solarstrom handeln können. Es gilt, diese Chancen zu ergreifen.

**SOLARZEITALTER:** Trotz sonnen- und windreicher und damit energiereicher Tage laufen Kohlekraftwerke in Deutschland oft unregelmäßig weiter, so dass die deutschen Stromexporte steigen. Die Stromerzeugung durch Kohlekraft hemmt somit den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wie und was müsste nach Ihrer Meinung hier geregelt werden?

**Allnoch:** Interessant ist dabei vor allem die Umkehrung der Verhältnisse in der öffentlichen Wahrnehmung. In der Regel heißt es ja, dass der Anstieg an regenerativer Stromerzeugung die Ursache für die aktuelle Überproduktion und die steigenden Stromexporte sei. Angesichts des deutlichen Anstiegs der Stromerzeugung aus Kohle wird aber deutlich, dass es sich offensichtlich lohnt, den Markt mit billigem Kohlestrom zu fluten. Wie bereits eingangs erwähnt, sind der fehlende Flexibilitätsmarkt und der Wälzungsmechanismus ein wesentlicher Teil des Problems. Aber auch das europäische Emissionshandelssystem funktioniert ja nicht so, wie es sollte. Die billigen CO<sub>2</sub>-Zertifikate machen die Kohleverstromung attraktiv. Der politische Kompromiss zum Backloading ist bisher jedenfalls nicht zielführend. Ein anderer interessanter Lösungsansatz ist eine fixe CO<sub>2</sub>-Preisgrenze, unter die der CO<sub>2</sub>-Preis nicht fallen kann. Im US-Bundesstaat Kalifornien existiert im dortigen Emissionshandelssystem ein Mindestpreis für die Zertifikate, aktuell ein Betrag zwischen 10 und 11 US-Dollar pro Emissionsberechtigung. Unter diese Preisgrenze kann der CO<sub>2</sub>-Preis gar nicht fallen. Ein massiver Preisverfall, wie wir ihn in Europa in den letzten Jahren erlebt haben, wird dadurch ausgeschlossen. Wenn die Amerikaner eine solche Regelung als marktwirtschaftlich konform erachten, sollte dies in Europa auch eine Option darstellen können.

**SOLARZEITALTER:** Der Bundesnetzentwicklungsplan (NEP) ist in seiner Trassenführung (3 Haupttrassen) nicht unumstritten. Die Einspruchsgründe sind vielfältig. Als wie begründet sehen Sie diese an und was bedeuten diese auch für die zeitliche Umsetzung des NEP?

**Allnoch:** Der Netzentwicklungsplan legt derzeit ja vor allem Korridore für den Netzausbau fest. Dabei ist noch gar nicht klar, welcher Anteil des Netzausbaus tatsächlich als Neubau von Trassen inklusive neuen Masten, Leitungen etc. realisiert wird. In den Medien und der öffentlichen Diskussion wird aber immer wieder so getan, als müsste der gesamte Netzausbau in Form von neuen Trassen auf der grünen Wiese erfolgen. Dies sorgt natürlich dort für Verunsicherung, wo die großen Korridore geplant sind. Dabei zeigen auch die Erfahrungen mit den Projekten des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG), dass ein Neubau in bestehenden Trassen, also eine Aufrüstung, oftmals möglich und sinnvoll ist. Zudem ist diese Variante deutlich einfacher umsetzbar, gerade auch mit Blick auf mögliche Einsprüche. Zeitlich kann ein Neubau in bestehenden Trassen dem Netzausbau nur gut tun. Netzausbau bedeutet also nicht automatisch Trassenneubau. Allerdings muss man sich die Frage stellen, ob der Netzausbau in der Form, wie er von den Übertragungsnetzbetreibern vorgesehen wird, tatsächlich notwendig ist. Bereits im letzten Jahr wurden die Pläne des damaligen NEP als überdimensioniert kritisiert. Zentraler Kritikpunkt ist dabei der Umfang, in dem ein Netzausbau vorgesehen wird. In der derzeit diskutierten Ausbauvariante sieht der Plan vor, dass jede erzeugte Kilowattstunde von jedem errichteten Kraftwerk zeitgleich ins Netz eingespeist werden kann. Dabei hat nach geltendem Recht die Einspeisung erneuerbarer Energien Vorrang vor den konventionellen Energien. Anders gesagt ist die aktuelle Netzplanung mit einem Szenario vergleichbar, in dem unsere PKW-Autobahnen auf eine zehnspurige Autobahn aufgerüstet werden, nur damit alle Autos zu jeder Zeit ohne Stau fahren können.

**SOLARZEITALTER:** In der gegenwärtigen Debatte um die deutsche Energiewende wird oft kritisiert, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien ungeregelt erfolge. Wie beurteilen Sie diese Kritik und welche Weichenstellungen erwarten Sie?

**Allnoch:** Dass der Ausbau der erneuerbaren Energien so schwankt, das liegt vor allem am Zick-

Zack-Kurs der Politik. Insbesondere im PV-Sektor und im Bioenergie-Bereich hat die sprunghafte Politik der letzten Jahre dazu geführt, dass es teilweise Ausbauschiebe gab, gefolgt von gravierenden Markteinbrüchen. Die Unstetigkeit der politischen Regelungen hat in den verunsicherten Branchen deutliche Spuren hinterlassen. Insbesondere im PV-Sektor lässt sich derzeit der industrielle Exodus beobachten. Immer mehr Technologiestandorte und damit Investitionen und Arbeitsplätze stehen vor dem Aus. Wenn jetzt noch mehr gebremst wird, gefährden wir damit die in den letzten Jahrzehnten aufgebaute Kompetenz des regenerativen Wirtschaftsstandorts Deutschland. Derzeit wird die Energiewende vor allem als umweltpolitisches Projekt gedacht, bei dem es um steigende Anteile am Strommix und CO<sub>2</sub>-Minderungen geht. Da kann man natürlich zu Recht fragen, wie diese Ziele möglichst kosteneffizient zu erreichen sind. Mit einer solchen ausschließlichen Sichtweise wird aber das industrielle Potenzial ausgeblendet, das die Regenerative Energiewirtschaft für Deutschland bietet. Hierzulande müssen wir entscheiden, ob wir die Energiewende nur als Energie- und Umweltprojekt oder auch als Chance für einen prosperierenden Produktionsstandort für regenerative Energietechniken begreifen. Dazu ist aber ein stabiler politischer Rahmen mit einem klaren Konzept für die Weiterentwicklung der Energiewende im Einklang mit den Anforderungen des Industriestandorts Deutschland notwendig. Sonst sind wir am Ende in Deutschland diejenigen, die zwar die großartige Idee der Energiewende in die Welt exportiert haben, aber keine Produkte mehr liefern.

**SOLARZEITALTER:** Wir danken für das Gespräch.

*Dr. Norbert Allnoch, Direktor des Internationalen Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR)*

*Das Interview führte Irm Scheer-Pontenagel, Geschäftsführerin EUROSOLAR.*